

# Lokale Umweltpolitik im Nord-Süd Dialog

## Austausch zwischen Forschung und Praxis

### Lokale Initiativen im Süden und Norden

- Nachbarschaftsorganisationen in den Sahelstädten Ouagadougou oder Nouakchott organisieren das Sammeln und Weiterverwenden häuslicher Abfälle.
- Ugandische Bäuerinnen am Viktoriasee übernehmen die Pflege und sinnvolle Nutzung wertvoller Uferzonen.
- Der Global Action Plan führt Haushalte zusammen. Gemeinsam reduzieren sie ihren Wasser- und Energieverbrauch und kaufen umweltfreundlicher ein.
- Naturschutz- und Landwirtschaftsbehörden beschliessen gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen sowie Fachleuten der Beratung und des Landschaftsschutzes über die Ausdehnung von Schutzgebieten, über Nutzungsmöglichkeiten und über Pflegeleistungen bzw. -entschädigungen.

Das **Diskussionsforum Nord-Süd** hat umweltpolitische Fragen aufgegriffen, welche sowohl in der Schweiz wie in Ländern des Südens erforscht wurden.

Ziel war, über den Austausch zwischen Forschung und Praxis Forschungsergebnisse für die Suche nach praktischen Lösungen im Süden wie im Norden fruchtbar zu machen.

Gefragt sind Innovationen in der Ausgestaltung, der kommunalen Umweltpolitik und neue Formen der Bürgermitteilung.

### Praktische Fragen

Wie können die sozial wie wirtschaftlich schwächeren Kreise mitwirken und ihre Rechte wahrnehmen?

Wie kann die Motivation der Beteiligten aufrecht erhalten werden, auch wenn keine schnellen und sichtbaren Resultate erzielt werden?

Wie können die Beteiligten das notwendige Wissen für kompetente Lösungen erwerben?



Workshop



Elektronische Diskussion

## Lernen von Anderen

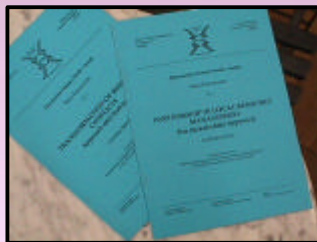
### Ausmass der Bürgerbeteiligung

#### "Chancen":

- „Empowerment“ der Verwaltung und/oder der Bürger/innen
- Die politischen Interessen der Bevölkerung werden gestärkt. Eine "beharrliche" Partizipation kann politische Veränderungen auslösen.
- Die Verwaltung erlernt eine "lokale Sicht".
- Über formale Einbindung von Partizipation in die gegebenen politischen Strukturen werden dauerhafte Lösungen möglich.

#### "Risiken": „Disempowerment“ des Parlaments

- Bereits organisierte Interessen werden zusätzlich gestärkt.
- Die Kontrolle über die finanziellen Mittel verbleibt in den Händen herkömmlicher Strukturen
- Bei den Beteiligten steigt die Frustration wegen fehlender Umsetzung und Beharren der grundlegenden politischen Strukturen
- Partizipation verlangt Zeit und Ressourcen. Sie ist nur für Lösungen, die zu ihrer Umsetzung längerer Zeit bedürfen, sinnvoll.



Schriftliche Dokumente

### Wichtig sind

#### Zu Beginn des Prozesses:

- Schlüsselakteure (Pioniere, Betroffene, Opfer, Katalysator/innen) sind einzubeziehen
- Die Moderation ist glaubwürdig und von allen akzeptiert
- Managementfähigkeiten, Organisationswissen und -ressourcen
- Raum für Experimente

#### ... unterwegs:

- Vernetzung mit anderen Netzwerken
- Raum für das konkrete Handeln ist weiterhin vorhanden
- Fortgeführte Bereitschaft zu Veränderungen, zu Reformen: Prozess bzw. Experimente entwickeln sich zu Institutionen
- Die sich beteiligenden Individuen bilden sich „on the job“ weiter

## Gemeinsame Folgerungen

Bürgerbeteiligung - ein Kommunikationsinstrument - unterstützt Wirksamkeit und Akzeptanz anderer Instrumente und fördert die soziale und institutionelle Innovation

### Die Schweiz benötigt nicht mehr, sondern neue Formen der Bürgerbeteiligung

#### Herkömmliche direkt-demokratische Verfahren

- Mehrheitsprinzip (Meinungsausserung)
- Möglichkeit zur Mitwirkung
- Verwaltungshandeln
- Konkrete Geschäfte/Vorlagen „erledigen“
- Kosten: Integriert in Verwaltungsbudget

#### Neue partizipative Ansätze

- Diskursives Prinzip (Meinungsbildung)
- Mobilisierung zur Mitwirkung
- Trägerschaft/Moderation ist zentral
- Noch offene Problemlagen „vorspüren“
- Kosten: müssen speziell beantragt werden

Der Schutz der Eigentumsrechte hemmen effektive Partizipation. **Politische Anschlussfähigkeit**, von Anbeginn an, stellt eine Vorbedingung nachhaltiger Lösungen dar.

Im Süden gilt ebenso, dass derartige Ansätze „legalisiert“ resp. formal geregelt werden. Neue Zusammenarbeitsbeziehungen zwischen dem Staat und der zivilen Gesellschaft sind nötig. Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit derartiger Ansätze ist, dass Entscheide und Kontrolle über die finanziellen Mitteln wirklich delegiert, dezentralisiert wird.

